

VERORDNUNGSBLATT

DER STADTGEMEINDE

RIED IM INNKREIS

Jahrgang 2025**Ausgegeben am 16. Dezember 2025****www.ris.bka.gv.at**

Nr. 5 Verordnung: **Wasserleitungsanschlussbeitrags-, Wasserbereitstellungsbeitrags- und**
Wassergebührenordnung 2026

Verordnung

des Gemeinderats der Stadtgemeinde Ried im Innkreis mit der die Einhebung von Wasseranschlussbeiträgen und Wasserbezugsgebühren verordnet wird.

Auf Grund des § 17 Abs 3 Z. 4 des Finanzausgleichsgesetzes 2024 (FAG 2024), BGBl. I Nr. 168/2023, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 128/2024 in Verbindung mit dem Oö. Interessentenbeiträge-Gesetz 1958, LGBl. Nr. 28/1958, in der Fassung des Landesgesetzes LGBl. 57/1973 wird verordnet:

§ 1

Wasserleitungsanschlussbeitrag und Beitragsschuldner

(1) Für den Anschluss von Grundstücken an die gemeinnützige öffentliche Wasserversorgungsanlage der Stadtgemeinde Ried im Innkreis (im folgenden Wasserversorgungsanlage genannt) ist ein Wasserleitungsanschlussbeitrag zu entrichten.

(2) Beitragspflichtig sind:

1. die Grundstückseigentümer/innen der angeschlossenen Grundstücke im Sinne der Bestimmungen des Oö. Interessentenbeiträge-Gesetzes 1958 idgF,
2. und die Wasseranschlusspflichtigen im Sinne des § 5 des Oö. Wasserversorgungsgesetzes 2015,
3. und die Bauberechtigten.

(3) Bauberechtigte sind:

1. im Grundbuch eingetragene Bauberechtigte nach dem Baurechtsgesetz 1912
2. Bauwerber/-innen und deren Rechtsnachfolger/-innen, die jene Baumaßnahme aufgrund eines rechtskräftigen, auf sie ausgestellten Baubescheides oder einer von ihnen eingebrachten Bauanzeige umgesetzt haben, die zu einer Änderung der Bemessungsgrundlage des (ergänzenden) Wasseranschlussbeitrages nach dieser Verordnung geführt hat

(4) Miteigentümer/-innen und Bauberechtigte schulden den Beitrag zur ungeteilten Hand.

§ 2

Ausmaß des Wasserleitungsanschlussbeitrages

(1) Der Wasserleitungsanschlussbeitrag beträgt für bebaute Grundstücke je m² der Bemessungsgrundlage nach Abs. 2 EUR 17,80 (exkl. USt.), mindestens aber EUR 2.668,00 (exkl. USt).

(2) Bemessungsgrundlage:

1. Die Bemessungsgrundlage für bebaute Grundstücke bildet die Geschoßfläche jener Bauwerke, die einen unmittelbaren oder mittelbaren Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage aufweisen. Die Geschoßfläche ist die Summe aller Grundrissflächen (senkrechte Projektion der Grundrisse an Außenkanten) einer oder mehrerer Ebenen allseits umschlossener Räume. Aus-gebaute Dachräume, Dachgeschosse und Kellergeschosse werden nur in jenem Ausmaß berücksichtigt, als sie für Wohn-, Geschäfts-

oder Betriebszwecke benutzbar ausgebaut sind. Die errechnete Bemessungsgrundlage ist auf volle m² abzurunden.

2. Zur Bemessungsgrundlage zählen jedenfalls:
 - a) Freistehende und angebaute Garagen und Nebengebäude, soweit sie über eine eigene Wasserentnahmestelle verfügen.
 - b) Milchkammern, Futterküchen, Wirtschaftsräume, Kühlräume sowie Verarbeitungsräume für Fleisch- und Milchprodukte eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes, wenn sie aus der Wasserversorgungsanlage versorgt werden.
 - c) Kellerbars, Saunen, Waschküchen.
3. Zur Bemessungsgrundlage zählen nicht:
 - a) Offene Balkone und Terrassen
 - b) Heizräume, Brennstofflagerräume sowie Schutzräume.
4. Abschläge von der Bemessungsgrundlage:
 - a) Für ausschließlich gewerblich genutzte Lagerflächen (Flächen, auf denen Waren gelagert werden, die dort keinem Fertigungsprozess unterworfen sind): 70% Abschlag von der Bemessungsgrundlage.
 - b) Für öffentliche Schulen, Kindergärten und Verwaltungsgebäude: 50 % Abschlag von der Bemessungsgrundlage.
5. Zuschläge zur Bemessungsgrundlage:
 - a) Für betriebliche Autowaschanlagen: 100% Zuschlag zur Bemessungsgrundlage. Grundlage für die Berechnung der Bemessungsgrundlage bzw. des Zuschlags bildet der für diese Waschanlage benützte Gebäudeteil. Werden Freiflächen für Waschanlagen verwendet, ist ein Grundaussmaß von (15 m²) je Waschplatz als Bemessungsgrundlage heranzuziehen.
 - b) In allen Fällen, in denen für ein Grundstück mehr als ein Anschluss an die Wasserversorgungsanlage geschaffen wird, ist für jeden weiteren Anschluss ein Zuschlag im Ausmaß von 50 % des Mindestanschlussbeitrages gemäß Abs. 1 zu entrichten.

(3) Der Wasserleitungsanschlussbeitrag für unbebaute Grundstücke beträgt bis zum Ausmaß von 1.000 m² EUR 2.668,00 (exkl. USt.), zuzüglich für je angefangene weitere 100 m² EUR 266,80 (exkl. USt.).

(4) Bei nachträglichen Abänderungen der angeschlossenen Grundstücke ist ein ergänzender Wasserleitungsanschlussbeitrag zu entrichten, der im Sinne der obigen Bestimmungen mit folgender Maßgabe errechnet wird:

1. Wird auf einem unbebauten Grundstück ein Gebäude errichtet, ist von dem ermittelten Wasserleitungsanschlussbeitrag, der nach der jeweils geltenden Wasserleitungsanschlussbeitragsordnung für das betreffende unbebaute Grundstück sich ergebende Wasserleitungsanschlussbeitrag abzusetzen, wenn für den Anschluss des betreffenden unbebauten Grundstückes vom Grundstückseigentümer oder dessen Vorgänger bereits ein Wasserleitungsanschlussbeitrag oder ein Entgelt für den Anschluss an die Wasserversorgungsanlage entrichtet wurde;
2. Tritt durch die Änderung an einem angeschlossenen bebauten Grundstück eine Vergrößerung der Berechnungsgrundlage gemäß Abs. 2 ein (insbesondere durch Zu- und Umbau, bei Neubau nach Abbruch, bei Änderung des Verwendungszwecks sowie Errichtung eines weiteren Gebäudes), ist der Wasserleitungsanschlussbeitrag in diesem Umfang zu entrichten, sofern die dem Mindestanschlussbeitrag entsprechende Fläche überschritten wird.
3. Eine Rückzahlung bereits entrichteter Wasserleitungsanschlussbeiträge aufgrund einer Neuberechnung nach diesem Absatz findet nicht statt.

§ 3

Wasserbereitstellungsbeitrag

(1) Für die Bereitstellung der Wasserversorgungsanlage wird für angeschlossene, aber unbebaute Grundstücke ein jährlicher Wasserleitungsbereitstellungsbeitrag erhoben. Beitragspflichtig sind die Eigentümer/-innen des an die Wasserversorgungsanlage angeschlossenen, jedoch unbebauten Grundstücks.

(2) Der Bereitstellungsbeitrag beträgt für Grundstücke

1. bis 1.000 m² Fläche jährlich pauschal EUR 82,60,
2. über 1.000 m² Fläche jährlich pauschal EUR 123,90.

§ 4

Wasserbezugsgebühr; Zählergebühren

(1) Die Eigentümer/-innen der an die Wasserversorgungsanlage angeschlossenen Grundstücke haben für den Wasserbezug eine Wasserbezugsgebühr zu entrichten.

(2) Wenn der Wasserzähler unrichtig anzeigt oder ausfällt, ist die verbrauchte Wassermenge zu schätzen. Bei der Schätzung des Wasserverbrauches ist insbesondere auf den durchschnittlichen Wasserverbrauch der vorangegangenen drei Abrechnungsjahre und auf etwa geänderte Verhältnisse im Wasserverbrauch Rücksicht zu nehmen.

(3) Die Wasserbezugsgebühren betragen ab 01.07.2026 EUR 1,96 (exkl. USt.) pro m³.

(4) Die Zählergebühren betragen (exkl. USt.):

1. für Wasserzähler bis 4 m³/h EUR 2,95 je Monat
2. für Wasserzähler bis 10 m³/h EUR 3,17 je Monat
3. für Wasserzähler bis 20 m³/h EUR 7,36 je Monat
4. Für größere Messgeräte werden monatlich 1,5 % ihres Wiederbeschaffungswertes berechnet.

(5) Ist ein Zähler fehlerhaft geworden, so wird für die Zeit von der letzten richtigen Ablesung bis zur Auswechslung des Wasserzählers der Durchschnittsverbrauch des letzten Jahres berechnet. Tritt ein solcher Fehler bei einer neuangeschlossenen Abnehmeranlage auf, wird der Verbrauch unter Berücksichtigung der gegebenen Umstände durch den Betreiber geschätzt

(6) Ergibt sich bei der Prüfung eines Wasserzählers, bei der die zulässige Fehlergrenze von +/- 5 % überschreitenden Wasserverbrauchs gegeben ist, so wird die zu viel bezahlte Wassermenge bei der nächsten Abrechnung in Abzug gebracht bzw. die zu wenig bezahlte Wassermenge nachträglich verrechnet.

§ 5

Fälligkeit

(1) Der Wasserleitungsanschlussbeitrag wird mit dem Anschluss eines Grundstückes an die Wasserversorgungsanlage fällig.

(2) Der Beitrags- bzw. Gebührenpflichtige hat jede Änderung, durch die der Tatbestand des ergänzenden Wasserleitungsanschlussbeitrages gemäß § 2 Abs. 4 erfüllt wird, der Abgabenbehörde binnen einem Monat nach Vollendung dieser Änderung schriftlich zu melden.

(3) Der Abgabenanspruch hinsichtlich des ergänzenden Wasserleitungsanschlussbeitrages nach § 2 Abs. 4 entsteht mit der Meldung gemäß Abs. 2 an die Abgabenbehörde. Unterbleibt eine solche Meldung, so entsteht der Abgabenanspruch mit dem Zeitpunkt der erstmaligen Kenntnisnahme der durchgeführten Änderung durch die Abgabenbehörde.

(4) Die Abrechnung des Wasserbereitstellungsbeitrages, sowie der Wasserbezugs- und Zählergebühr erfolgt per 30.06. eines jeden Jahres. Die Vorschreibung erfolgt vierteljährlich mit Fälligkeit am 05.03., 05.06., 05.09. und 05.12.

(5) Der Wasserleitungsanschluss- bzw. ergänzende Wasserleitungsanschlussbeitrag ist binnen 30 Tagen nach Vorschreibung zu entrichten.

§ 6

Umsatzsteuer

Den Beiträgen und Gebühren wird die jeweils gültige Umsatzsteuer zugeschlagen.

§ 7

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 2026 in Kraft.

Der Bürgermeister:

Mag. (FH) Bernhard Zwiehner